



# Berlin Brief Nr. 318

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic MdB

24. Juni 2022

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den deutschen und europäischen Fokus aus sicherheitspolitischen Gründen wieder auf die EU-Integration der Länder im Osten Europas gerichtet. Bei seiner Reise nach Kiew hat er die europäische Solidarität

gegenüber der Ukraine gemeinsam mit Emmanuel Macron, Mario Draghi und Klaus Johannis unterstrichen und sich für den EU-Beitrittsstatus der Ukraine stark gemacht. Dass Scholz beim EU-Westbalkangipfel in dieser Woche vergeblich für EU-Perspektiven für den Westbalkan gekämpft hat, zeigt, welche dicke Bretter wir in Europa noch zu bohren haben. Es kann nicht sein, dass ein einzelner Mitgliedsstaat eine ganze Region blockiert – und dies mit unvorhersehbaren Folgen für die Sicherheit in Europa. Klar ist aber auch, dass es keine Zugeständnisse in Bezug auf die europäischen Werte geben darf. Wer in die EU will, muss sich auch deutlich für die europäischen Werte entscheiden und kann nicht wie Serbien weiterhin auch in die russische Richtung Offenheit zeigen – zwischen zwei Stühlen sitzt es sich schlecht.

Wir müssen im Gespräch bleiben, um die Stabilität auf dem Westbalkan zu sichern. Klar ist aber auch, dass es echte Demokratie auf dem Westbalkan braucht. Unsere Devise für die Weiterentwicklung auf dem Westbalkan muss daher „Demokratie statt Stabillokratie“ lauten. Der Entscheidung des Europäischen Rates ist allerdings ein harter Rückschlag für alle demokratischen Kräfte auf dem Westbalkan. Es darf keinen Handel mit den Nationalisten um unsere demokratischen Grundwerte geben, sondern es braucht eine aktive Stärkung der demokratischen Kräfte. Ein pro-europäischer Kurs ist für die Staaten des Westbalkans die beste Option! Ich bin froh, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die deutsche Position bezüglich der EU-Integration der Länder auf dem Westbalkan so deutlich gemacht hat und weiterhin am Ball bleiben wird. Den Link zu meiner Rede in schriftlicher Form und als Video finden Sie unten!

Was gesellschaftspolitisch alles möglich ist, wenn die CDU/CSU-Fraktion in der Opposition sitzt, hat sich in dieser Woche gezeigt. Wir haben den Paragraphen 219a abgeschafft! Wir machen Schluss mit der Kriminalisierung von Ärzt\*innen, die Frauen in Notsituationen mit Informationen zur Seite stehen. Künftig können Ärzt\*innen über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Damit haben Frauen einen freien und sachgerechten Zugang zu medizinischen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche. Denn keine Frau trifft die weitreichende Entscheidung, ob sie ein Kind austragen und gebären will, leichtfertig. Wer das suggeriert, hat ein Frauenbild, das wir entschieden ablehnen und gegen das so viele starke Frauen in unserer Gesellschaft kämpfen. Wir machen Politik nicht mit dem Frauenbild des 19. Jahrhunderts, sondern wir machen Politik im Hier und Jetzt. Mit der Streichung von §219a geben wir Frauen in diesem Land ein Stück ihrer Selbstbestimmung zurück, die ihnen dieser Paragraph genommen hat.

Außerdem haben wir das BAföG novelliert. Seit über 50 Jahren hat sich das BAföG bewährt, es ermöglicht jungen Menschen eine Chance auf Bildungsaufstieg und sorgt für mehr gesellschaftliche Teilhabe. Doch zu-letzt profitierten immer weniger Menschen von der Förderung. Deshalb haben wir jetzt eine umfassende Reform angepackt: Wir erhöhen die Elternfreibeträge und sorgen so dafür, dass künftig mehr junge Menschen BAföG erhalten. Und wir verbessern die Bedarfssätze sowie den Wohn- und Kinderbetreuungszuschlag in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten. Für mich ist klar, dass nicht alle jungen Menschen studieren müssen, sondern der Weg in ein erfolgreiches Berufsleben auch über eine Ausbildung gelingen kann. Und klar ist,

dass wir auch die Duale Ausbildung stärken müssen. Ein Studium darf aber nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Die schrecklichen Nachrichten aus Afghanistan haben mich in dieser Woche besonders berührt. Mehr als tausend Menschen haben durch das Erdbeben ihr Leben verloren. Die sowieso schlechte humanitäre Situation in Afghanistan ist durch das Beben noch schlimmer geworden. Jetzt gilt es schnell die internationale Hilfe zu geben, die benötigt wird, um die Katastrophe nicht noch schlimmer werden zu lassen als sie schon ist.

Ihr/Euer



---

## Termine

**25**  
**JUNI**

**Kreisparteitag der SPD Heilbronn-Land**  
*Bad Friedrichshall*

**29**  
**JUNI**

**Ausstellungseröffnung "Wir bringen alle an einen Tisch"**  
*Gartenschau Eppingen*

**29**  
**JUNI**

**"Gesellschaftlicher Frieder – ade?"**  
**Diskussionsveranstaltung beim SPD Ortsverein Mülhausen-  
Rettigheim-Tairnbach**  
*Rettigheim*

---

## Bild der Woche



live 18:10



Rede im Deutschen Bundestag vom 22. Juni 2022  
zum Antrag der CDU/CSU: "Mit einer engagierten Politik die EU-Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans erneuern"

Den ganzen Redebeitrag finden Sie **HIER** als Video und **HIER** in schriftlicher Form.



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
Tel.: 07131 / 598 72 27  
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)